



17. August 2019

Wieso sich die SPD überflüssig macht – meine Gedanken zur Zukunft der Sozialdemokratie

Rede von Regierungsrätin Jacqueline Fehr anlässlich des Fests der Solidarität

Liebe Genossinnen,
liebe Genossen,
liebe Solidarische,
liebe Anwesende,

Mit den beiden heutigen Hauptreden wolle man die gesamte Breite der Sozialdemokratie und der Linken im Allgemeinen aufzeigen. Darum habe man sowohl den linken Kühnert, der Visionen zur Diskussion stelle, wie auch mich, die als Regierungsrätin Kompromisse erarbeite, eingeladen. – So Cédric Wermuth vor einigen Monaten in der Aargauer Zeitung.

Nun, mein lieber Cédric, eines muss ich hier klarstellen: Auch, wenn ich mittlerweile Regierungsrätin in einer tendenziell bürgerlich dominierten Kantonsregierung bin – die Visionen habe ich noch lange nicht aufgegeben!

Ja, liebe Anwesende, in meinem Amtsverständnis gehört es zwingend dazu, dass eine Regierungsrätin ihr politisches Gesicht zeigt, Stellung bezieht, kommentiert, Haltung einnimmt. Politikerinnen – und Regierungsrätinnen sind Politikerinnen – müssen für die Wählerinnen und Wähler lesbar sein. Sie müssen sagen, was sie zum Klimawandel meinen, zu den sterbenden Menschen in der Sahara und im Mittelmeer, zum Regierungsprogramm der neuen griechischen Regierung, die als erstes Gesetz gleich das Migrationsgesetz verschärft.

Sie müssen es sagen, auch wenn das nicht in ihrem sogenannten Verantwortungsbereich liegt, auch wenn sie direkt nichts zur Veränderung beitragen können. Denn Verantwortung tragen wir nicht nur als Funktionsträgerin, sondern auch als Mensch, als Bürgerin, als Konsumentin, als Wählerin.

Ja, es gehört zur Pflicht einer Regierungsrätin, klare, verständliche politische Botschaften zu vertreten. Und es wäre zu wünschen, dass Exekutivmitglieder auch hie und da eine Idee lancieren würden. Durchaus eine provokative, vielleicht sogar visionäre. Oder wenn's an Ideen mangelt, dann wenigstens eine Forderung. So eine richtige. So eine, mit der man sich nicht nur beliebt macht, zum Beispiel die Anerkennung der muslimischen Gemeinschaften.



Geschätzte Anwesende

Wir leben in einer unübersichtlichen Zeit. In einer Zeit, in der etwas wegbricht, das uns in den letzten rund 200 Jahren Stabilität gegeben hat: gesicherte Informationen. Demokratien brauchen gar nicht so sehr gemeinsame Werte. Sie brauchen viel mehr Fakten und Informationen, die allgemein als wahr anerkannt werden. Fehlen diese, öffnet sich ein Raum für abstruse Theorien und Verschwörungen. Diese richten sich zwar vermeintlich gegen die sogenannten "Dunklen Mächte". Treffen tun sie in erster Linie aber die Ohnmächtigen.

Auch vor diesem Hintergrund ist es zentral, dass Menschen mit öffentlichen Funktionen Stellung beziehen und bei der Einordnung helfen. Dass sie Wege aufzeigen, Lösungen skizzieren und klarmachen, dass Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität die Leitsterne eines guten Lebens für alle sind.

Um konkreten politischen Fortschritt zu erzielen, braucht es aber auch den Kompromiss. Das wissen alle hier, die in einer Regierung oder in einem Parlament sitzen und unzählige Stunden in Sitzungszimmern bei Gesetzesberatungen verbringen.

Unsere Visionen werden dann Realität, wenn sie uns auf dem Weg dorthin in unserer politischen Alltagsarbeit als Leuchttürme am Horizont den Weg weisen. Wenn wir sie nicht aus dem Auge verlieren. Wenn sie uns mit ihrer Hoffnungsenergie aufrecht in die Zukunft schreiten lassen.

Es ist halt die alte Geschichte von der Verantwortungsethik und der Gesinnungsethik. Klar muss ich mich als Amtsträgerin an Verfassung und Gesetz halten. Die Gesetzestreue der Machthabenden schützt uns vor Willkür. Auch wenn es manchmal gute Gründe gäbe, ich halte nicht viel von zivilem Ungehorsam durch Machthabende.

Das bedingt aber, dass es ein starkes, ja ein ebenfalls mächtiges Korrektiv gibt: die gesinnungsethische Bewegung. Die Menschen also, die sich mit dem gegebenen Rechtsrahmen nicht abfinden. Die weniger Worte und mehr Taten fordern. Die sich für eine bessere Welt mit besseren Gesetzen engagieren.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen. Wir sind heute hier am Fest der Solidarität. Des Füreinander-Einstehens. Das ist eine Haltung. Entweder man ist solidarisch oder man ist es nicht. Solidarität gibt es nicht im Supermarkt der Werte zum halben Preis. Solidarität gibt es nur ganz.

Entweder wir sind solidarisch und setzen uns dafür ein, dass die Menschen auf dem Mittelmeer vor dem Ertrinken gerettet werden – oder wir sind es nicht.

Entweder wir sind solidarisch und kämpfen für Lohngleichheit – oder wir sind es nicht.

Und immer wichtiger: Entweder wir sind solidarisch und kämpfen dafür, dass auch kommende Generationen starke natürliche Lebensgrundlagen vorfinden – oder wir sind es nicht, und unser Planet wird für Menschen schlicht unbewohnbar.

Liebe Anwesende: Bei Haltungen gibt es keinen Kompromiss.

Man kann nicht ein bisschen dafür sein, Menschen vor dem Ertrinken zu retten, aber halt doch nicht ganz.



Man kann nicht ein bisschen gegen Lohnungleichheit kämpfen, aber doch nicht wirklich.

Und man kann schon gar nicht ein bisschen die Klimazerstörung aufhalten, aber bitte, ohne dass sich mein Leben ändert. Tesla fahren und Avocados links liegen lassen, ist nicht genug.

Auch wenn ich mich hier also nicht als Kompromisspäpstin sehe, bedanke ich mich natürlich trotzdem ganz herzlich für die Einladung, lieber Flo und lieber Cédric.

Drei Themen, liebe Genossinnen und liebe Genossen, habe ich in den ersten paar Minuten meiner Rede gestreift: Flüchtlinge, Gleichstellung und Klimawandel. Es sind diese drei Themen, die über die Zukunft der Menschheit entscheiden werden. Und es sind diese drei Themen, die in den anstehenden Wahlen im Zentrum stehen.

Wolfgang Leuf meinte nach der Seerettung durch Carola Rackete jüngst in der Süddeutschen Zeitung treffend: "Es gibt plötzlich zwei Meinungen darüber, ob man Menschen, die in Lebensgefahr sind, retten oder lieber sterben lassen soll. Das ist der erste Schritt in die Barbarei."

Ja, liebe Anwesende. An diesem Punkt stehen wir. Wir sehen uns mit einer griechischen Regierung konfrontiert, die als allererste Amtshandlung den Flüchtlingen die Sozialversicherungsnummer verweigert und es ihnen damit unmöglich macht, ins Spital zu gehen oder zu arbeiten. Sogenannte Wahlversprechen werden damit umgesetzt. Als ob schon jemals irgendwo eine Rente gestiegen wäre, wenn es einem Flüchtling schlechter gegangen ist.

Wir sehen uns konfrontiert mit einem amerikanischen Präsidenten, der Rechtsextreme gewähren lässt und Kinder an der Grenze von ihren Eltern trennt und inhaftiert. Kleine Kinder, grössere Kinder, Kinder, die in furchtbaren Unterkünften auf dem Betonboden schlafen müssen.

Wir sehen uns mit einer italienischen Regierung konfrontiert, die Seerettungen mit einer Million Euro bestrafen will. Eine Regierung, die zwar zuschaut, wie praktisch der ganze Gemüsebau von total prekarierten Flüchtlingsarbeitern rentabel gehalten wird, die aber diesen Menschen gleichzeitig jeden Anspruch auf ein würdiges Leben abspricht.

Und, meine lieben Genossinnen und Genossen: Wir sehen uns mit einer Schweizer Regierung konfrontiert, die Asylunterkünfte schliessen muss, weil zu wenige Asylsuchende in die Schweiz kommen. In einer Zeit, in der über 60 Millionen Menschen, darunter mehr als die Hälfte Kinder, auf der Flucht sind. So viele Flüchtlinge wie heute sah der Planet seit dem letzten Weltkrieg nicht mehr.

Liebe Anwesende

Am 14. Juni waren so viele Menschen, vorwiegend Frauen, auf den Strassen wie wohl noch nie in der jüngeren Schweizer Geschichte. Der 2. Nationale Frauenstreik war ein riesiger Erfolg. Mütter dieses Erfolges sind viele. Eine möchte ich hier persönlich erwähnen. Liebe Natascha Wey: Was du da in den letzten Monaten auf die Beine gestellt



hast, ist überwältigend. Ganz herzlichen Dank! Werde rasch Nationalrätin! Wir brauchen dich im Parlament!

Die Gleichstellung zwischen den Geschlechtern ist das fundamentalste, elementarste, existenziellste gesellschaftspolitische Thema. Das sehen wir nur schon daran, dass es kaum je eine entspannte Diskussion darüber gibt. Immer sehen sich viele Männer als Opfer und als benachteiligt, sobald sich die Situation für die Frauen verbessert. Und dies einzig und allein, weil sie ihre Privilegien verlieren. Doch, es sei hier wieder einmal gesagt: Wenn man Privilegien verliert, wird man nicht benachteiligt, sondern gleichgestellt.

Und darum wird es bei den kommenden Wahlen gehen: Wir brauchen eine politische Mehrheit für eine echte Gleichstellung. Für die Lohngleichheit, damit es keine Frauenlöhne, sondern nur noch Löhne gibt. Für einen Elternurlaub, der diesen Namen verdient, damit sich die Schweiz nicht schämen muss. Für Anstellungsbedingungen, die keine Klischees reproduzieren, damit Frauen das wirtschaftliche Leben endlich mitbestimmen. Und für eine Aufwertung und Aufteilung der Care-Arbeit, damit Frauen in Freiheit darüber entscheiden können, welche Pflege sie zu übernehmen bereit sind.

Es braucht aber auch eine Mehrheit im Parlament, um das grassierende Übel der sexuellen Gewalt auszumerzen. 50 Mal pro Tag rückt in der Schweiz die Polizei wegen häuslicher Gewalt aus. 14 Mal pro Tag alleine im Kanton Zürich. Alle drei Wochen wird eine Frau durch ihren Partner oder Ehemann umgebracht. Das Leid der mitbetroffenen Kinder wird statistisch nicht einmal erhoben.

Liebe Anwesende

Flüchtlinge, respektive die Verteidigung der Grundrechte, und Gleichstellung werden zentrale Themen der kommenden Wahlen sein. Aber selbstverständlich auch der Klimawandel. 90 Prozent der Weltbevölkerung sass noch nie in einem Flugzeug. Der Hunger nach mehr Mobilität ist so gross, dass ohne rasche und überzeugende Antworten der Mensch auf dem Planeten nicht überleben wird.

Sollen wir also alle einfach verzichten? Reicht es, wenn wir die Würste heute Abend zur Seite legen? Wenn wir nur noch in der Schweiz Ferien machen? Ein sorgsamer Umgang mit dem Reisen ist nötig – aber: Das Reisen hat unsere Zivilisation massgeblich geprägt. Ich bin dankbar, dass ich viel von der Welt gesehen habe. All die Begegnungen mit den Menschen in komplett anderen Lebensumständen haben mich zu einem grossen Stück zu dem gemacht, die ich heute bin.

Also: Ist der Kampf gegen das Klima eine alleinige Frage des individuellen Beitrags? Soll Klimapolitik privatisiert werden?

Nein. Ich habe da eine klare Haltung: Eine Individualisierung der Klimafrage ist genauso falsch wie wenn man sagen würde, alle hätten für sich selber im Alter vorzusorgen. Hätten wir nämlich das gleiche Geld, das wir in den letzten Jahrzehnten in die zerstörerische Atomenergie investiert haben, in die Erforschung von CO₂-freiem Treibstoff investiert, könnten wir heute klimaneutral fliegen.



Ich bin keine blinde Technologiefanatikerin. Aber die Geschichte hat uns immer wieder gelernt, dass die Technologie viel mehr Lösungen bereithält, als die Wirtschaft ermöglicht.

An der ETH-Forschungsanstalt Empa in Dübendorf wurde schon vor Jahren eine Fassadenfarbe entwickelt, die als Sonnenkollektor funktioniert und Strom produziert. Auf den Markt gebracht werden kann das Produkt aber nicht, weil die heute dominierende Industrie der neu aufkommenden Industrie den Marktzutritt mit Händen und Füßen verwehrt.

Weil es beim Klimawandel um einen Systemwandel geht, müssen wir die politische Dimension des Themas ins Zentrum rücken und dürfen uns nicht gegenseitig mit Vorhaltungen schwächen, weil sie immer noch Fleisch isst und er immer noch fliegt.

Persönliches Engagement ist wichtig, jeder individuelle Beitrag zählt. Das gilt auch für mich. Aber ich erinnere: 90 Prozent der Weltbevölkerung ist noch nie geflogen. Wir können noch so oft auf einen Flug verzichten: Solange Flugzeuge mit klimaschädigendem Treibstoff fliegen, wird es keine Reduktion des Ausstosses geben.

Und darum ist es umso wichtiger, dass wir politisch den Weg für zukunftsfähige Unternehmen mit zukunftsfähigen Geschäftsmodellen öffnen. Das heutige Wirtschaftssystem ist kein Naturgesetz. Es ist in all seinen Facetten ein Produkt politischer Entscheidung – Entscheide über den Einsatz von Forschungsgeldern, Entscheide darüber, was wie stark besteuert wird, Entscheide über Handelsverträge und Preisbildung. Und all diese Entscheide können auch anders gefällt werden. Es ist Sache und Aufgabe der Politik, einem nachhaltigen Wirtschaften zum Durchbruch zu verhelfen.

Wenn wir das Problem nicht in dieser umfassenden Dimension angehen, bleiben wir in klimapolitischer Schräglage und fördern Kohle. Und damit sind wir in Deutschland.

Lieber Kevin

Auch wenn ich heute die bin, die für die Kompromisse zuständig ist: Ich lasse es mir nicht nehmen, ein paar Dinge zur deutschen Politik – und im Speziellen zur SPD – zu sagen.

Wenn ich mir die deutsche Sozialdemokratie, aber auch die französische oder die griechische und viele andere anschau, dann bin ich natürlich zuerst einmal traurig aufgrund der elektoralen Schwäche dieser Parteien. Aber eigentlich bin ich vor allem eines: wütend.

Ich würde all den hochrangigen – meist männlichen – Parteiobere am liebsten sagen: Wie konntet ihr das nicht kommen sehen?

Ja, liebe Sigmar Gabriels, Peer Steinbrücks, Gerhard Schröders und Co., ihr müsst euch doch nicht wundern – ihr seid schlicht selber schuld!

Wer Politik gegen die Schwächsten betreibt, siehe Hartz IV, der wird kalt, berechnend und unsolidarisch.



Und wer die Braunkohle- und Autoindustrie verteidigt, ist umweltpolitisch schlicht unglaubwürdig, rückschrittlich und ebenfalls unsolidarisch – gegenüber den nachfolgenden Generationen.

Natürlich darf die Sozialdemokratie diese Menschen, welche in Braunkohlekraftwerken oder in der Autoindustrie arbeiten, nicht vernachlässigen. Logisch!

Aber es gehört gerade für die sich in der Verantwortung für diese Arbeiterinnen und Arbeiter fühlende Partei zur Pflicht, sich zu überlegen, wie zukunftssträftig diese Branchen sind. Wenn man das früh genug gemacht hätte, wäre man längst so weit, diesen Menschen eine andere, ja vielleicht sogar eine bessere Arbeit anbieten zu können – beispielweise im Rahmen eines Green New Deals.

Denn etwas ist doch völlig absurd: Die Vorstellung, man sei als Linke dafür zuständig, Arbeitsplätze zu erhalten. Nein: Wir sind dafür zuständig, gute Arbeitsplätze zu erhalten und noch mehr solche zu schaffen. Erfüllende Arbeit. Arbeit, von der man leben kann – auf Dauer und auch in Zukunft.

Dass sich die SPD so verhalten hat – ich hoffe, geschätzter Kevin, dass diese Vergangenheitsform so stimmt an dieser Stelle –, dass sich die SPD so verhalten hat, liegt auch daran, dass die Ideen, die Visionen, die wertbasierten Haltungen, ja die Utopien im Lauf der Jahre schlicht verloren gegangen sind. Es zählte nur noch das Machbare, die Verteidigung des Status Quo, die Regierungsverantwortung, die grosse Koalition.

Wer wie die SPD nur noch durch die verantwortungsethische Brille schaut und kein gesinnungsethisches Feuer mehr entfachen kann, wird unsolidarisch, unglaubwürdig und damit unwählbar. Und das gilt für alle linken Bewegungen – auch für uns in der Schweiz.

Ich gebe es gerne zu: Ich bin nicht immer mit dem Blick aufs Machbare zu meinen politischen Überzeugungen gelangt. Oft sind es einfach meine Gesinnung, meine Haltung, meine Instinkte und meine Werte, die den Ausschlag geben.

Natürlich wäre die Folge einer konsequenten Aufnahme- statt Abschiebepolitik für Flüchtlinge durchaus eine Herausforderung für unsere Gesellschaft. Doch mein Herz sagt mir: Es wäre vollkommen richtig. Und ich bin mir absolut sicher, dass es euch allen, die ihr hier sitzt, auch so geht.

Überhaupt: Wieso sitzt ihr hier? Wegen den realen politischen Erfolgen, welche die SP Schweiz in Bern in der vergangenen Legislatur erreicht hat?

Oder weil wir alle, die hier stehen, reden, sitzen und Bier trinken, an eine bessere Welt glauben und bereit sind, uns dafür einzusetzen?

Genau: Wir sitzen hier, weil wir alle überzeugt sind von den grossen – heutzutage fälschlicherweise fast kitschig klingenden – Worten Solidarität, Freiheit und Gerechtigkeit.

Es gilt heutzutage als unvernünftig, ja inkompetent, wenn man sagt, man habe diesen oder jenen Entscheid aufgrund einer Werthaltung getroffen. Werte gelten per se als minderwertige Entscheidungsgrundlagen. Man müsse nach der Vernunft entscheiden.



Doch, liebe Anwesende: Sind es denn nicht gerade die Werte Solidarität, Freiheit und Gerechtigkeit, die vernünftig sind? Wurde nicht schon zigfach der Beweis angetreten – von der grauen Urzeit bis in die Gegenwart – dass Gesellschaftsmodelle, die auf diesen Werten fussen, auch wirtschaftlich erfolgreicher, und damit ja auch vernünftiger sind?

Ja, liebe Genossinnen und Genossen: Gutmenschen sind erfolgreiche Menschen.

Oder wie sähe unsere Gesellschaft mit lauter Bösmenschen aus?

Das Problem der SPD ist deshalb nicht, dass sie ihr Handeln immer wieder damit rechtfertigte, dass man an der Macht halt "vernünftig" sein muss. Das Problem der SPD ist, dass sie "politische Vernunft" mit "Beschränkung aufs Machbare" und mit einer "Entfremdung von der Bewegungspolitik" verwechselte.

Natürlich – ich habe es eingangs ausgeführt und es ist mir als Regierungsrätin sehr bewusst – braucht es auch die Politik des Machbaren, die Politik der kleinen Schritte, der Kompromisse, der mühsam ausgehandelten Deals. Nur so kommen wir dem Leuchtturm unsere Visionen und Träume konkret näher und tragen dazu bei, das Leben für alle zu einem besseren Leben zu machen.

Zum Beispiel für anderssexuelle Menschen: Die heute geltenden Gesetze zur Anerkennung unterschiedlicher Lebensmodelle haben die Diskriminierungen noch nicht aus der Welt geschafft. Ja, ein Schmetterling macht in der Regel noch keinen Sommer. Aber diese ersten Änderungen unseres Zivilrechts haben doch das Leben Hunderttausender Menschen ganz real verbessert.

Es braucht sie, die Kompromisse, die Zwischenschritte. Und es braucht auch die persönliche Disziplin, an diesen mitzuarbeiten. Aber: Politik braucht neben all dieser Disziplinierung vor allem auch Leidenschaft, Emotionen, Haltungen. Sie braucht die Kraft der Hoffnung, das Feuer der Überzeugung.

Liebe alle. Politik ist ein Mehrgenerationenwerk. Nicht ich habe die Mutterschaftsversicherung realisiert. Ich habe nur zu Ende gebracht, was vor mir erstritten worden ist. Nicht wir haben den Ausstieg aus der Atomenergie erwirkt. Wir haben nur zu Ende gebracht, was vor uns erkämpft worden ist.

Und wir legen heute mit unserer konkreten politischen Arbeit die Spuren der Erfolge, die unsere Nachkommen dereinst ernten werden können.

Wir legen diese Spuren mit unserer politischen Arbeit in den Parlamenten, aber vor allem auch in den politischen Bewegungen.

Ohne unseren Mut, leidenschaftliche Vision zu entwickeln und zu vertreten, bleiben wir stehen, und es wird dereinst politisch nichts zu ernten geben. Wir wissen aus Erfahrung: Was heute noch als Utopie verschrien wird, ist in 10 Jahren plötzlich Realität – aber nur, wenn wir dranbleiben und hart arbeiten. Stichworte: Ausländerstimmrecht, Anerkennung weiterer Religionsgemeinschaften, CO₂-freies Fliegen, flächendeckendes Kita-Angebot als Teil der kostenfreien Volksschule.



Ich habe kürzlich den Film "Milk" über den Schwulen-Aktivisten Harvey Milk gesehen. Er hat in den 70 Jahren mehrere Anläufe gebraucht, um in den Stadtrat von San Francisco gewählt zu werden. Kaum war er gewählt, fiel er einem schwulenfeindlichen Attentat zum Opfer. Heute haben wir lesbische Stadtpräsidentinnen, schwule Aussenminister und wohl auch bereits ein Transgender-Mensch auf einem Ministerposten. Sie müssen nicht mehr um ihr Leben fürchten.

Dieser politische Fortschritt war nur möglich, weil die Menschen an ihn geglaubt haben. Ihre Nahrung war die Hoffnung. Sie – die Hoffnung – ist unsere Urkraft. Der Feuerkern des politischen Engagements.

Diese Hoffnung auf Fortschritt müssen wir, liebe Genossinnen und Genossen, in die politischen Debatten zu tragen – und zwar nicht nur am Freitagabend in der Arena oder in Zeitungsinterviews. Nein, auch am Küchentisch zuhause, im Fussballtraining, beim Bier nach der Chorprobe oder beim Grillfest mit den Nachbarn.

Ich lasse mich von dir, Kevin gerne korrigieren, aber ich fürchte, dass dieses visionäre Hoffnungsfeuer in den letzten Jahren in der SPD weitgehend erloschen ist. Schlicht und einfach, weil es ihm an Sauerstoff gefehlt hat. Oppositionspolitik? Fehlanzeige. Visionen, Träume, Ideen? Nicht vorhanden.

Der politische Sauerstoff kommt eben nicht aus den Parlamenten und Regierungszimmern. Der politische Sauerstoff kommt von der Strasse, von den Menschen, von deren Hoffnungen.

Die Klimabewegung, die Friedensbewegung, die feministische Bewegung – wir dürfen in der schweizerischen Sozialdemokratie stolz sein: All diese bewegten Menschen haben ihre politische Heimat auch – und in vielen Fällen sogar vorwiegend – in der SP gefunden.

Die SP Schweiz hat es in den letzten Jahren zudem wieder geschafft, für junge Menschen attraktiv zu werden. Unsere Jusos hat seit der Ära Wermuth, Walliser, Meyer, Kistler (und vielen weiteren) bis heute zu Tamara Funciello den Kurs der Partei massgeblich mitgeprägt. Und zwar nicht wie immer wieder behauptet wird, durch ihren zahlenmässigen Einfluss, sondern durch ihre politischen Projekte, durch ihr politisches Denken, ihre handwerkliche Brillanz und durch die Lust und die Leidenschaft, mit der sie Politik macht.

Das Resultat dieser Arbeit zeigt sich auch in den Parlamenten. So sitzt in der Zwischenzeit rund ein halbes Dutzend unter 35-Jährige für die SP im Nationalrat. Und: Die SP stellt mit Samira Marti gegenwärtig die jüngste Nationalrätin. Sie ist 25.

Die Bewegungen und die jungen Menschen bringen den nötigen Sauerstoff in die Partei. Sie sorgen dafür, dass die Hoffnung auf Fortschritt als unser quasi olympisches Feuer ewig brennt.

Wieso gelingt uns das in der Schweiz, während die SPD zu erstarren droht? – Sorry Kevin, so ist zumindest unser Eindruck von aussen. Nicht gerade nett, dir als Hauptgast des heutigen Abends solches an den Kopf zu schmeissen. Aber du kannst ja dann dagegenhalten.



Nun also: Wieso gelingt es der SP Schweiz, für junge Menschen attraktiv zu sein und Bewegungen beständig zu integrieren, ohne sie zu ersticken?

Grund für diese beständige Erneuerung ist die Machtstruktur unserer Partei. Respektive die Tatsache, dass unsere Parteiführung keine formale Macht hat. Der Parteipräsident kann niemanden von einer Liste streichen. Er kann niemanden befördern. Er hat keine Jobs zu verteilen, keine Minister zu ernennen. Er kann keiner Kantonalpartei eine Vorgabe machen. Er hat keinerlei Weisungsbefugnisse. Er kann nur überzeugen – durch Arbeit und durch Argumente. Das ist für die Parteileitung hart, für die Partei aber wichtig.

Diese Führungskultur lässt Raum für offene und kontroverse Debatten. Für Auseinandersetzungen. Niemand muss um seine Karriere fürchten, wenn sie oder er sich gegen die Parteileitung stellt. Niemand wird abgestraft, wenn sie oder er die Gefolgschaft verweigert. Die Juso hat die letzte Revision der Altersvorsorge gegen den eigenen Bundesrat zu Fall gebracht. Die Juso-Präsidentin ist nach wie vor Mitglied des Parteipräsidiums und wird wohl und hoffentlich am 20. Oktober in den Nationalrat gewählt.

Darauf, wie wir Partei leben, liebe Genossinnen und Genossen, darauf dürfen wir stolz sein. Wir sind als Partei zwar ein altes Schlachtross. Doch diese Tapferkeit, innere Opposition sozusagen sanktionsfrei und permanent zuzulassen, hält uns erstaunlich fit und frisch. Anders als die meisten unserer Schwesterparteien.

Klar geworden ist mir das am Tag der Europawahlen. Ich war gerade in Hamburg und kam kurz vor Urnenschluss in Sankt Pauli zu einem Schulhaus, das als Wahllokal diente. Ich konnte es mir nicht verkneifen und habe ein paar Leute gefragt, ob sie SPD wählen würden. Sie haben mich alle gross angeschaut. SPD?

Noch krasser kam es für die SPD dann am Abend auf der ARD. Kaum waren die Resultate absehbar, wurden auch bereits die ersten Analysen geliefert. Eine war besonders schockierend. Die Leute wurden gefragt, welcher Partei sie in den klassischen Themenfeldern – also Bildung, Soziales, Finanzen, Gesundheit, Steuern, Verkehr, Sicherheit, Internationales usw. – als die kompetenteste Partei einschätzen. Das Resultat ist für die SPD dramatisch, ich kann es nicht anders sagen. In keinem einzigen Themenfeld gilt die SPD als die kompetenteste Partei. Auch nicht in der Sozialpolitik – Hartz IV lässt grüssen.

Liebe Anwesende: Das heisst zu Ende gedacht nichts anders, als dass es diese Partei nicht braucht! Wenn eine grosse Partei bei keinem einzigen Thema den inhaltlichen Lead hat, macht sie sich überflüssig.

Ja, meine Damen und Herren: Es ist also ernst. Und unsere Fest der Solidarität ist wichtig. Denn es ist dieses Zusammenkommen von institutioneller Politik und Bewegung, das uns ausmacht.

Die Sozialdemokratie ist dann stark, wenn die sozialen Bewegungen gehört werden und Zugang zur Macht finden. Wenn wir als Amtsträgerinnen und Amtsträger wirklich zuhören und die Anliegen der Menschen in die Parlamente und Regierungen tragen.

Tun wir das! Tun wir das weiterhin! Und tun wir das stärker als je zuvor. Dann sind wir stark. Dann sind wir geeint. Dann haben wir als Stimme für den Fortschritt, die politische Kraft, eine Politik zu machen, die für alle und nicht für wenige ist.



Liebe Gäste,

Ich komme langsam zum Schluss und zu einem letzten Thema, das mich sehr umtreibt. Lasst es mich kurz herleiten.

Vor wenigen Jahrzehnten war unsere Gesellschaft noch ziemlich einheitlich. Klar definierte Standardmodelle bestimmten, wie man zu leben hatte. Die Frauen an den Herd, die Männer in die Fabrik. Die Dorfautoritäten wussten, was richtig und was falsch ist.

Ein Blick in die heutige Gesellschaft zeigt ein anders Bild. Unsere Zeit ist geprägt von zunehmender Diversität, von einer Vielfalt der Lebensläufe, von einer Zunahme religiöser Unterschiede und kultureller Hintergründe. Für diese Offenheit und Individualisierung haben wir seit den 60er Jahren erfolgreich gekämpft. Ich lebe gerne in der heutigen Zeit.

Aber ich bin mir auch bewusst, dass eine Gesellschaft mit diesen immensen individuellen Freiheiten das grösste gesellschaftliche Experiment der modernen Menschheit ist. Noch nie konnten die Menschen aus so vielen Lebensmustern wählen. Noch nie wurde ihnen so viel Verantwortung zur eigenen Lebensführung übertragen. Noch die war der kollektive Halt durch klar zugeordnete Identitäten so schwach. Noch nie mussten wir unsere Zugehörigkeit selber erkennen und gestalten. Ob das Experiment gelingt, wissen wir nicht. Wir wissen aber, dass es anspruchsvoll ist. Es fordert von uns ein grosses gesellschaftliches Engagement.

Überlagert wird diese Entwicklung durch die Digitalisierung mit ihrer zeit- und ortsunabhängigen Logik. Auch sie ist wie die Vielfalt nicht mehr wegzudenken und ist gleichzeitig eine enorme gesellschaftliche Herausforderung.

Für mich sind beides Entwicklungen, die mein Leben reicher und spannender machen. Aber sehr viele Menschen erleben es anders. Sie verbinden mit diesen Entwicklungen Einsamkeit und Orientierungslosigkeit. Sie haben Angst, den Anschluss zu verlieren. Sie haben den Eindruck, vergessen zu gehen, keine Rolle mehr zu spielen, übersehen zu werden.

Darauf, liebe Genossinnen und Genossen, müssen wir eine Antwort finden.

Und die Antwort heisst Teilhabe.

Mit diesem Thema möchte ich schliessen. Weil es mir wichtig ist und weil ich überzeugt bin, dass wir als freiheitliche demokratische Rechtsstaaten die Frage, wie wir Menschen an der Gestaltung unsers Lebens, unserer Gesellschaft, unserer Zukunft teilhaben lassen können, ins Zentrum stellen müssen.

Teilhabe heisst, unsere Stimm- und Wahlrechte auszubauen.

Teilhabe heisst, wie vorhin erwähnt, die politischen und sozialen Bewegungen als Plattformen für engagierte Menschen zu stärken.

Teilhabe heisst, die Zugänge zu Kultur und Kunst zu öffnen.

Teilhabe heisst, die Vielfalt auch ins Recht zu fassen – Stichwort Ehe für alle. Stichwort Anerkennung weiterer Religionsgemeinschaften.



Teilhabe heisst, den wirtschaftlichen Profit gerecht zu verteilen.

Teilhabe heisst, unseren Lebensraum partizipativ zu gestalten.

Teilhabe heisst, nicht für die Menschen, sondern mit den Menschen Politik zu machen.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, liebe Anwesende

Nach dieser für Schweizer Verhältnisse langen Rede ist es Zeit, auf die Solidarität anzustossen und sie zu feiern. Die Solidarität, sie lebe hoch!